

Bericht

über die

**Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009
der Stadt Neu-Anspach**

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag	4
2. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung.....	5
2.1 Art und Umfang der Prüfung	5
2.2 Gegenstand der Prüfung	5
3. Grundsätze	6
3.1 Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung	6
3.2 Bewertungsgrundsätze	7
4. Inventar/Inventur	8
5. Erste Eröffnungsbilanz	9
5.1 Aktiva	9
5.2 Passiva	11
6. Wesentliche Aussagen zur Eröffnungsbilanz	13
6.1 Allgemeine Aussagen	13
6.2 Kennzahlen	15
7. Aktiva: Feststellungen zu den einzelnen Positionen.....	17
7.1 Immaterielles Vermögen	17
7.1.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	17
7.2 Sachanlagen.....	17
7.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	18
7.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	18
7.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen....	19
7.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	19
7.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19
7.2.6 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	20
7.3 Finanzanlagen	20
7.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen.....	20
7.3.2 Beteiligungen	20
7.3.3 Ausleihungen	20
7.3.4 Wertpapiere	21
7.4 Umlaufvermögen.....	21
7.4.1 Vorräte.....	21
7.4.2 Liquide Mittel.....	21

7.4.3	Öffentlich-rechtliche Forderungen	21
7.4.4	Forderungen aus Transferleistungen	21
7.4.5	Sonstige privatrechtliche Forderungen.....	22
7.4.6	Sonstige Vermögensgegenstände	22
7.4.7	Wertpapiere des Umlaufvermögens.....	22
7.5	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	22
8.	Passiva: Feststellungen zu den einzelnen Positionen	23
8.1	Nettoposition	23
8.2	Rücklagen.....	23
8.3	Sonderposten.....	23
8.4	Rückstellungen	24
8.4.1	Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen.....	24
8.4.2	Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen ..	25
8.4.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	25
8.4.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	25
8.4.5	Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleiches und von Steuerschuldverhältnissen	25
8.4.6	Andere Rückstellungen.....	26
8.5	Verbindlichkeiten.....	26
8.6	Passive Rechnungsabgrenzung.....	27
9.	Anhang	27
10.	Zusammenfassung der wesentlichen Feststellungen	28
11.	Kommunaler Bestätigungsvermerk	29
12.	Anlagen.....	30
12.1	Umbuchungsliste	30
12.2	Vollständigkeitserklärung	35

Abkürzungsverzeichnis

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
EB-Sonderregelungen	Sonderregelungen zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen
GemHVO-Doppik	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinde mit doppelter Buchführung - Gemeindehaushaltsverordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
VV	Verwaltungsvorschriften

1. Prüfungsauftrag

Ab dem 01. Januar 2009 wird die Haushaltswirtschaft der Stadt Neu-Anspach nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung auf der Grundlage der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 31. Januar 2005 und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO-Doppik) vom 02. April 2006 geführt¹.

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen (§ 108 Abs. 3 HGO) haben die hessischen Kommunen zum 1. Januar 2009 eine Eröffnungsbilanz, zum 31. Dezember 2009 erstmals eine Schlussbilanz und danach zu jedem folgenden Haushaltsjahr eine Schlussbilanz aufzustellen. Gemäß § 114s HGO und § 44 ff GemHVO-Doppik ist die Bilanz Bestandteil des Jahresabschlusses. Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt gemäß § 131 Abs. 1 S. 1 HGO durch das zuständige Rechnungsprüfungsamt. Die Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Rechnungsprüfungsämter wird explizit in den „Sonderregelungen zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen“ Abschnitt 4, Stand 17.12.2003, Schreiben des Hessischen Ministeriums des Innern vom 22. Juni 2006, im Folgenden „EB-Sonderregelungen“ genannt, angeordnet. Gemäß § 59 Abs. 5 GemHVO-Doppik ist die Eröffnungsbilanz spätestens mit dem ersten Jahresabschluss vom Rechnungsprüfungsamt zu prüfen.

Die erste Eröffnungsbilanz der Stadt Neu-Anspach und der Anhang wurden dem Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises am 09.05.2011 zur Prüfung vorgelegt. Eine Vollständigkeitserklärung des Bürgermeisters, unterzeichnet am 14.02.2013, liegt vor.

Somit ergab sich ein gesetzlicher Prüfungsauftrag für das Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises zur Prüfung der Eröffnungsbilanz vom 01. Januar 2009 der Stadt Neu-Anspach. Der vorliegende Bericht gibt Aufschluss über Art und Umfang sowie über die Ergebnisse der Prüfung.

¹ Der Prüfung der Eröffnungsbilanz und demzufolge auch diesem Bericht wurden die HGO und die GemHVO jeweils in der damals geltenden Fassung zugrunde gelegt. Die Paragrafenangaben beziehen sich daher auf diese Fassungen.

2. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

2.1 Art und Umfang der Prüfung

Für die Prüfung der Eröffnungsbilanz in Hessen sind zu folgenden Sachverhalten die folgenden gesetzlichen Regelungen und Vorschriften maßgeblich:

Rücklagen	GemHVO-Doppik § 23
Inventar, Inventur	GemHVO-Doppik § 35
Inventurvereinfachung	GemHVO-Doppik § 36
Vollständigkeit der Ansätze, Verrechnungs- und Bilanzierungsverbot	GemHVO-Doppik § 38 + Verwaltungsvorschriften, 20.02.2007
Rückstellungen	GemHVO-Doppik § 39 + Verwaltungsvorschriften, 20.02.2007
Allgemeine Bewertungsgrundsätze	GemHVO-Doppik § 40 + Verwaltungsvorschriften, 20.02.2007
Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden	GemHVO-Doppik § 41 + Verwaltungsvorschriften, 20.02.2007
Bewertungsvereinfachung	GemHVO-Doppik § 42 + Verwaltungsvorschriften, 20.02.2007
Abschreibungen	GemHVO-Doppik § 43 + Verwaltungsvorschriften, 20.02.2007
Vermögensrechnung (Bilanz)	GemHVO-Doppik § 49
Anhang	GemHVO-Doppik § 50
Rechenschaftsbericht	GemHVO-Doppik § 51
Anlagen-, Verbindlichkeiten- und Rückstellungsübersicht	GemHVO-Doppik § 52
Erstmalige Bewertung (Eröffnungsbilanz)	GemHVO-Doppik § 59

Die „Sonderegeln zu Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen“ vom 17.12.2003 präzisieren Regelungen zu Sachverhalte, die in den folgenden sechs Abschnitten gegliedert sind:

Inventar, Eröffnungsbilanz	Abschnitt 1 (1.-5.)
Bilanzansatz und Bewertungsvorschriften	Abschnitt 2 (6.-18.)
Anhang	Abschnitt 3 (19.)
Prüfung	Abschnitt 4 (20.)
Feststellung und Berichtigung	Abschnitt 5 (21.-22.)
Übergangsregelungen	Abschnitt 6 (23.)

Im Rahmen der Prüfung wurden Nachweise für die Angaben in der Eröffnungsbilanz und im Anhang auf der Basis von Stichproben beurteilt. Das Rechnungsprüfungsamt bestimmt im Einzelfall die Art und den Umfang der erforderlichen Prüfhandlung nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Datenbasis für die Prüfungsarbeiten waren die Inventare zum Grundvermögen, zu den Forderungen, den Verbindlichkeiten, den Rechnungsabgrenzungsposten und Rückstellungen.

2.2 Gegenstand der Prüfung

Bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs waren neben den Vorschriften der HGO und der GemHVO-Doppik laut der „EB-Sonderegeln“ 20.1 auch die Bestimmungen des § 317 HGB zu Gegenstand und Umfang der Prüfung anzuwenden. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass auf Unrichtigkeiten und Verstößen beruhende falsche Angaben, die das in der Eröffnungsbilanz und im Anhang vermittelte Bild über die Vermögens- und Finanzlage wesentlich verzerren würden, mit hinreichender Sicherheit erkannt und aufgezeigt werden können. Der Prüfungsablauf, der Prüfungsumfang und die Prüfungsergebnisse sind in den Prüfungsunterlagen der prüfenden Einheit dokumentiert. Aussagen des Prüfungsbericht gründen sich auf Feststellungen, die in den Prüfungsunterlagen dokumentiert sind.

3. Grundsätze

3.1 Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung

Eine kommunale Körperschaft, die ihre Haushaltswirtschaft im doppelischen Rechnungsstil führt, soll den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) folgen (§ 114s Abs. 1 HGO). Die bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz in erster Linie relevanten Grundsätze sind:

- Wahrheit und Glaubwürdigkeit (Verwaltungsvorschrift zu § 59 GemHVO-Doppik, Abs. 3. S. 2): Die Eröffnungsbilanz und der Anhang haben unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den eingeräumten Wahlrechten und Vereinfachungen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage zu vermitteln. Führen besondere Umstände dazu, dass die Eröffnungsbilanz ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild nicht vermittelt, so sind im Anhang zusätzliche Angaben zu machen.
- Ordnungsmäßigkeit: Wurden nur die in den Gesetzen, Verordnungen und relevanten Sonderregelungen des Innenministeriums zugelassene Erfassungs- und Bewertungsverfahren (inklusive Wahlrechte) bei der Bewertung der Einzelposten angewandt?
- Richtigkeit, Willkürfreiheit bzw. subjektive Wahrhaftigkeit: Sind alle Werte sachlich richtig begründet und geben damit ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild über die Vermögenslage der Stadt wieder?
- Klarheit, Verständlichkeit: Kann jeder sachverständige bemühte Dritte die Anwendung der Verfahren im Einzelfall nachvollziehen?
- Wirtschaftlichkeit (§ 92 Abs. 2 HGO): Stehen Aktivierungs- und Wertermittlungsaufwände sowie auch der Prüfaufwand in einem vernünftigen wirtschaftlichen Verhältnis zum Wert der Bilanzposition?
- Bilanzierungsfähigkeit: Waren bei aktivierten Vermögensgegenständen Greifbarkeit, rechtliche Zurechenbarkeit (wirtschaftliches Eigentum) und einzelne Veräußerbarkeit festzustellen? Befand sich der Vermögensgegenstand im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt?
- Einzelne Bewertung (§ 40 Nr. 2 GemHVO-Doppik): Im Grundsatz sind alle bilanzierten Vermögensgegenstände und Schulden einzeln zu bewerten? Ausnahmeregelungen für kommunale Körperschaften sind aufgeführt. Sie betreffen Bewertungsvereinfachungen § 42 GemHVO-Doppik für bewegliche Vermögensgegenstände (Wertaufgriffsgrenze) und die Bildung von Gruppen gleichartiger Vermögensgegenstände.
- Bilanzkontinuität (§ 40 Nr. 5 GemHVO-Doppik): Die im vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden sollen beibehalten werden.
- Kaufmännisches Vorsichtsprinzip (§ 40 Nr. 3 GemHVO-Doppik): Wurden im Zweifel für Vermögen niedrigere und für Schulden höhere Werte angesetzt (Imparitätsprinzip)?
- Wertaufhellungsprinzip: Wurden zum Bilanzstichtag auch die wertaufhellenden Tatsachen (vorhersehbare Risiken und erkannte Wertminderungen) bei der Bewertung berücksichtigt?
- Grundsatz der Periodenabgrenzung (§ 40 Nr. 4 GemHVO-Doppik) : Nach dem Grundsatz der Periodenabgrenzung sind Aufwendungen und Erträge des Haushaltsjahres unabhängig von den Zeitpunkten der entsprechenden Zahlungen zu berücksichtigen.
- Vollständigkeit der Bilanz: Ist eine vollständige Erfassung von Vermögen und Schulden erfolgt?
- Verrechnungs- oder Saldierungsverbot: Forderungen dürfen nicht mit Verbindlichkeiten verrechnet werden.

3.2 Bewertungsgrundsätze

Das Prinzip der Einzelbewertung nach § 40 Nr. 2 GemHVO-Doppik besagt, dass Vermögensgegenstände und Schulden einzeln zu erfassen und zu bewerten sind, so dass sich die Bewertung jedes einzelnen Vermögensgegenstands und jeder einzelnen Schuldenposition an den individuellen Gegebenheiten ausrichtet.

Die Ausnahmen vom Prinzip der Einzelbewertung sind die Bestimmungen zur Bewertung des gleichartigen Vorratsvermögens nach § 42 GemHVO-Doppik i.V.m. den entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

Festwert: Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe können, wenn sie regelmäßig ersetzt werden und ihr Gesamtwert für die Gemeinde von nachrangiger Bedeutung ist, mit einer gleichbleibenden Menge und einem gleich bleibenden Wert angesetzt werden, sofern ihr Bestand in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Veränderungen unterliegt. Jedoch ist in der Regel alle drei Jahre eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen (§ 35 Abs. 2 GemHVO-Doppik).

Die Gruppenbewertung für gleichartige Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens und andere gleichartige oder annähernd gleichwertige bewegliche Vermögensgegenstände ist gemäß § 35 Abs. 3 GemHVO-Doppik mit dem gewogenen Durchschnittswert möglich.

Nicht selbstständig nutzungsfähige Vermögensgegenstände sind gemäß VV zu § 59 Abs. 9 S. 1 GemHVO-Doppik als Sachgesamtheit zu erfassen. Eine Sachgesamtheit stellt die Zusammenfassung mehrerer Gegenstände zu einem einheitlichen Ganzen dar, wenn diese entweder technisch oder nach Art, Stil oder sonstigem Verwendungszweck aufeinander abgestimmt sind. Eine Sachgesamtheit wird wirtschaftlich und bilanziell als ein Vermögensgegenstand behandelt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) müssen laut VV zu § 59 Abs. 9 S. 2 nicht erfasst werden.

Kunstgegenstände sind mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten zu erfassen. Liegen laut VV zu § 59 Abs. 9 S. 3 keine Anschaffungs- und Herstellungskosten vor oder sind sie nicht der nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand zu ermitteln, darf die Erfassung auf Grundlage von Versicherungswerten (soweit eine Einzelbewertung der Kunstgegenstände vorliegt) oder mit fachkundig belegten Schätzwerten erfolgen.

In der ersten Eröffnungsbilanz kann nach § 59 Abs. 1 GemHVO-Doppik bei der Inventur auf die Erfassung von beweglichen Gegenständen des Sachanlagevermögens und immateriellen Vermögensgegenständen mit einem Anschaffungswert unter 3.000 € ohne MWSt verzichtet werden. Dadurch wird bei der Erfassung geringwertigen Vermögens das Wirtschaftlichkeitsprinzip beachtet.

Der Grundsatz der Stetigkeit bezieht sich auf die Bewertungsmethoden und auf Ansatz- und Ausweisfragen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit sind stets die gleichen Gliederungsbegriffe und -schemata für die Bilanz zu verwenden.

Die Bewertungsvereinfachungen – Fest- bzw. Gruppenbewertungen – gemäß § 35 Abs. 2 +3 GemHVO-Doppik wurden angewandt.

Bei der Inventur für die Eröffnungsbilanz der Stadt Neu-Anspach wurde von der Regelung der Wertaufgriffsgrenze von 3.000 € (ohne MwSt) gemäß § 59 Abs. 1 GemHVO-Doppik Gebrauch gemacht.

4. Inventar/Inventur

Dem § 35 GemHVO-Doppik entsprechend hat die Stadt Neu-Anspach zu Beginn des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungsführung nach den Regeln der doppelten Buchführung ihre Grundstücke, ihre Forderungen und Schulden, den Betrag ihres baren Geldes sowie ihre sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden anzugeben.

Für die Aufstellung des Inventars war die Kämmerei verantwortlich. Den Anforderungen des § 35 GemHVO-Doppik ist die Stadt dabei gerecht geworden und hat dementsprechend sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden hinsichtlich ihrer Art, Menge und Wert im Inventar verzeichnet. Die zuvor genannten Vermögensgegenstände und Schulden befanden sich im wirtschaftlichen Eigentum und wurden einzeln bewertet.

Die Stadt Neu-Anspach hatte das Inventar in Listenform vorliegen. Eine Stichtagsinventur wurde nicht durchgeführt.

Eine körperliche Inventur wurde durchgeführt, dabei kamen im Hinblick auf die Art der Erfassung andere zulässige Inventurverfahren zum Einsatz. Dies war vorallem die Buchinventur für die immateriellen Vermögensgegenstände, das Umlaufvermögen und die Verbindlichkeiten.

Das Vorgehen bei der Inventur wurde von der Stadt Neu-Anspach dokumentiert und auch die Inventurergebnisse wurden kontrolliert.

Bestandteil der Dokumentation für das Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises waren:

- Inventurrichtlinien
- Zähllisten

5. Erste Eröffnungsbilanz

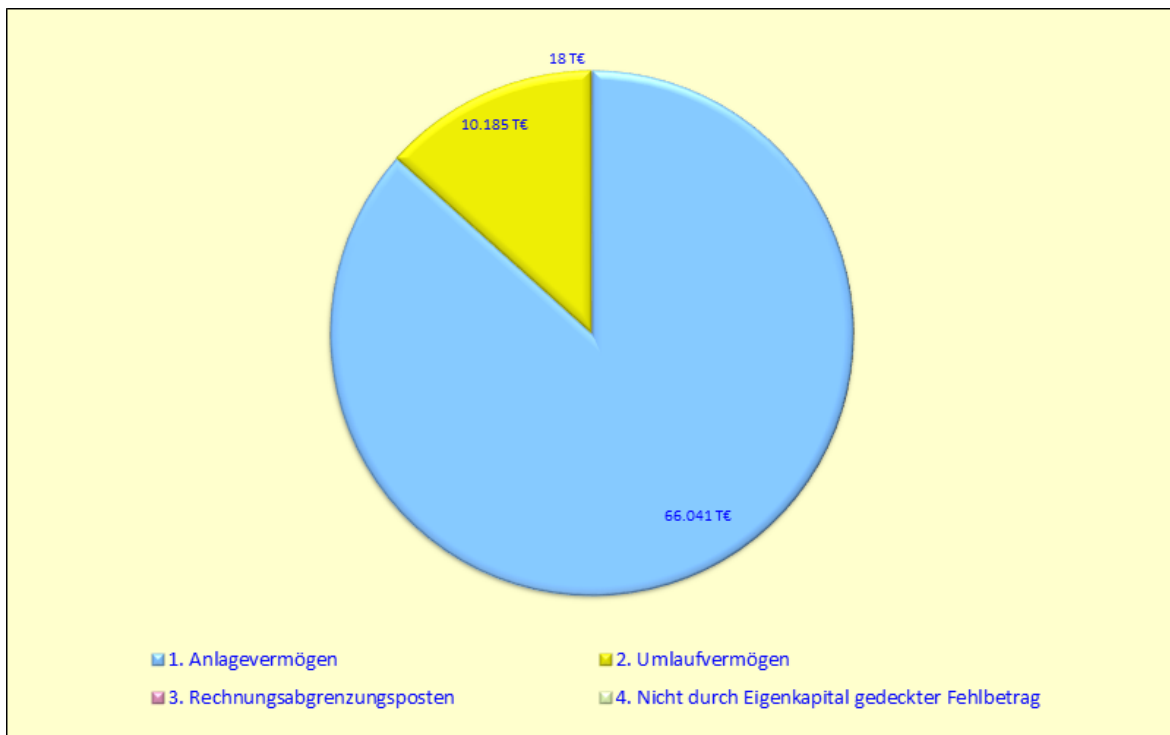
5.1 Aktiva

Auf der Aktivseite der Bilanz wird das bewertete Vermögen der Stadt ausgewiesen. Diese Seite repräsentiert somit die Mittelverwendung bzw. das historisch vorhandene Vermögen. Die Erläuterungen der Aktiva finden sich im Kapitel „Aktiva: Feststellungen zu den einzelnen Positionen“.

Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Neu-Anspach zum 01.01.2009	
(gemäß § 49 GemHVO-Doppik und dem amtlichen Muster 19)	
Aktiva	Wert
1. Anlagevermögen	66.041.285,48 €
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	3.317.066,00 €
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	39.465,00 €
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	3.277.601,00 €
1.2 Sachanlagen	56.570.084,19 €
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	16.929.065,51 €
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	13.975.950,79 €
1.2.3 Sachanlagen im Gemeindegebrauch, Infrastrukturvermögen	24.293.821,10 €
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	275.152,00 €
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	762.242,69 €
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	333.852,10 €
1.3 Finanzanlagen	6.154.135,29 €
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	5.359.816,91 €
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00 €
1.3.3 Beteiligungen	684.354,61 €
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00 €
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	38.181,39 €
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	71.785,38 €
2. Umlaufvermögen	10.185.264,18 €
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00 €
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	0,00 €
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.071.062,84 €
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	341.196,13 €
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	246.757,69 €
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	703.920,32 €
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	702.061,73 €
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	8.077.126,97 €
2.4 Flüssige Mittel	114.201,34 €
3. Rechnungsabgrenzungsposten	18.350,18 €
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €
Bilanzvolumen (Aktiva)	76.244.902,84 €

Tabelle 1: Aktiva

Die Aktiva verteilen sich in die Stadt Neu-Anspach wie folgt:



Ansicht 1: Vereinfachte Vermögensübersicht der geprüften Aktiva

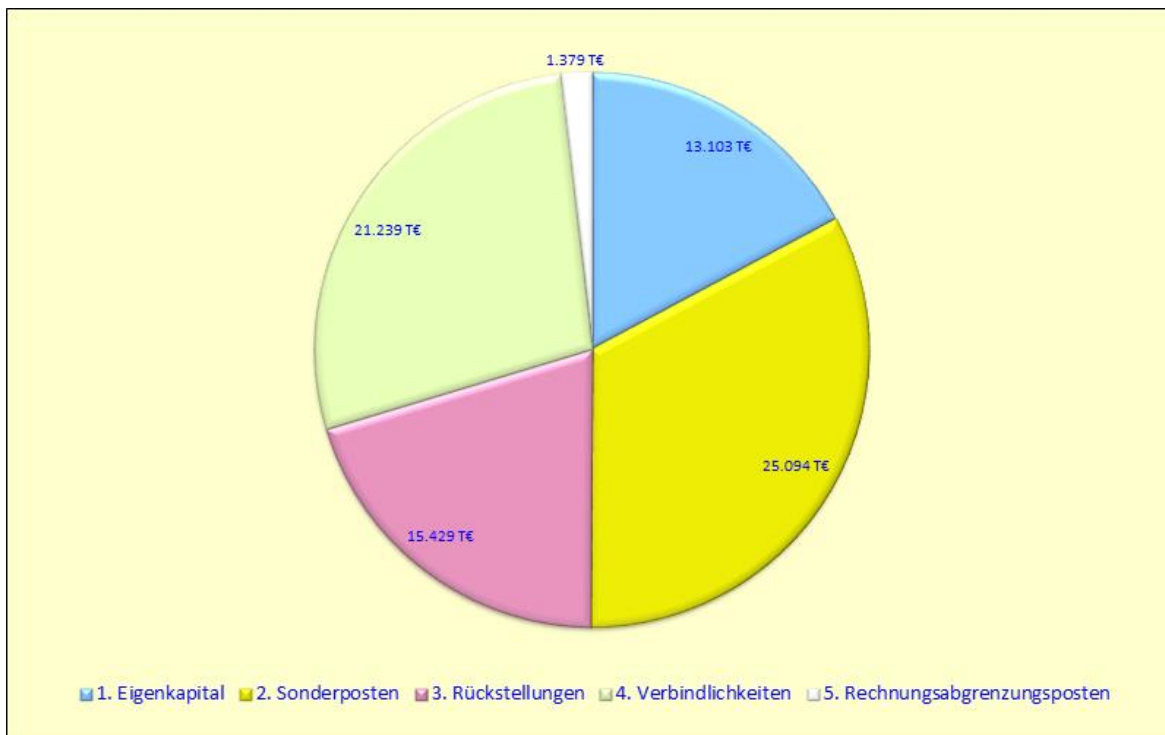
5.2 Passiva

Die Passivseite der Bilanz repräsentiert die Mittelherkunft. Sie weist Verbindlichkeiten, Rückstellungen und das Eigenkapital der Stadt aus. Die Erläuterungen der Passiva finden sich im Kapitel „Passiva: Feststellungen zu den einzelnen Positionen“.

Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Neu-Anspach zum 01.01.2009	
(gemäß § 49 GemHVO-Doppik und dem amtlichen Muster 19)	
Passiva	Wert
1. Eigenkapital	13.103.460,45 €
1.1 Netto-Position	13.100.767,81 €
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen	2.692,64 €
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00 €
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	2.692,64 €
1.2.4 Sonderrücklagen	0,00 €
1.2.4.1 Stiftungskapital	0,00 €
1.2.4.2 Sonstige Sonderrücklagen	0,00 €
1.3 Ergebnisverwendung	0,00 €
1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00 €
1.3.1.2 außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00 €
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €
2. Sonderposten	25.093.984,20 €
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	25.093.984,20 €
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	22.052.845,66 €
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	2.847.556,69 €
2.1.3 Investitionsbeiträge	193.581,85 €
2.2 Sonstige Sonderposten	0,00 €
3. Rückstellungen	15.429.466,97 €
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.640.070,11 €
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	8.593.603,86 €
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	1.195.793,00 €
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00 €
3.5 Sonstige Rückstellungen	0,00 €
4. Verbindlichkeiten	21.239.075,22 €
4.1 Anleihen	0,00 €
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	13.067.698,51 €
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.920.619,48 €
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00 €
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	147.079,03 €
4.3 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00 €
4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.402.176,38 €
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	525.656,56 €
4.6 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00 €
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	1.125.722,83 €
4.8 Sonstige Verbindlichkeiten	4.117.820,94 €
5. Rechnungsabgrenzungsposten	1.378.916,00 €
Bilanzvolumen (Passiva)	76.244.902,84 €

Tabelle 2: Passiva

Die Passiva zeigen folgende Verteilung:



Ansicht 2: Passiva

6. Wesentliche Aussagen zur Eröffnungsbilanz

6.1 Allgemeine Aussagen

Die Bilanzsumme stellt das Bilanzvolumen dar und entspricht der Schlusssumme der Aktiva bzw. der Passiva. Die Eröffnungsbilanz der Stadt Neu-Anspach hat zum 01.01.2009 ein Bilanzvolumen von 76.244.902,84 €.

Das Grundscheema der Eröffnungsbilanz basiert auf den Vorgaben der GemHVO-Doppik § 49. Die vom Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises geprüften Unterlagen entsprachen diesen Vorschriften.

Die Bilanz wurde in Kontoform, entsprechend dem verbindlichen Muster 19 aufgestellt.

Abweichend vom verbindlichen Muster 19 aber in Übereinstimmung mit dem KVKR nach Muster 13 werden in der Eröffnungsbilanz Wertpapiere des Umlaufvermögens gesondert ausgewiesen.

Die Anlagen zum Anhang entsprachen grundsätzlich den Anforderungen der §§ 50 und 52 GemHVO-Doppik.

In Aufzeichnungen sind laut VV zu § 59 Abs. 2 S. 10 GemHVO-Doppik alle Haftungsverhältnisse (z. B. Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, Öffentlich-Private-Partnerschaften, Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten etc.) gem. § 50 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO-Doppik und alle sonstigen finanziellen Verpflichtungen (Miet- und Leasingverpflichtungen aus Dauerschuldverhältnissen), über die im Anhang gem. § 50 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO-Doppik zu berichten ist, aufzunehmen.

Die Bewertung des immobilien und infrastrukturellen Vermögens ist in der Eröffnungsbilanz von herausragender Bedeutung. In der Regel sind zwischen 80 und 90 % des kommunalen Vermögens den Immobilien und Infrastrukturvermögen zuzurechnen. Die Bewertung erfolgt gemäß hessischer Vorschriften in den Kategorien 1. Grundstücke, 2. Bauten und 3. Straßen-Infrastrukturvermögen nach jeweiligen Vorschriften.

Grundstücke: Grundstücke werden mit ihren tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Eine voraussichtlich dauernde Wertminderung ist zu berücksichtigen. Lassen sich Anschaffungs- und Herstellkosten nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand ermitteln, werden Grundstücke mit dem Bodenrichtwert angesetzt. Zur Vereinfachung der Rückindizierung sind die Bodenrichtwerte zum 31. Dezember 2003 anzusetzen. Liegen zu diesem Zeitpunkt keine Bodenrichtwerte vor, sind diejenigen Werte anzuwenden, deren Erhebungsstichtag diesem Stichtag zeitlich am nächsten liegt. Bestehen Nutzungs-, Verfügungs- oder Verwertungsbeschränkungen oder ähnliches, die den Grundstückswert nach allgemeiner Verkehrsauffassung wesentlich beeinträchtigen, so sind diese wertmindernd zu berücksichtigen. Ein unentgeltlich eingeräumtes grundstücksgleiches Recht darf nicht bilanziert werden. Von der Gemeinde erworbene Grundstücke sind mit den Anschaffungskosten und den anfallenden nachträglichen Anschaffungskosten zu aktivieren.

Bauten: Jedes Bauwerk ist einzeln zu bewerten. Für Gebäude und Außenanlagen auf demselben Grundstück kann von einer getrennten Ermittlung der Herstellungskosten abgesehen werden. Die Bemessung der Nutzungsdauer der Außenanlage richtet sich in diesem Fall nach der Nutzungsdauer des Gebäudes. Unterlassene Instandhaltungen und Großreparaturen zur Erhaltung sind bei der Wertermittlung des jeweiligen Vermögensgegenstandes wertmindernd zu berücksichtigen; Rückstellungen hierfür werden in der Eröffnungsbilanz nicht gebildet. Gebäude und andere Bauten, die innerhalb von fünf Jahren vor dem Eröffnungsbilanzstichtag hergestellt oder angeschafft wurden, sind zu ihren tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen. Ein Wertabschlag für zwischenzeitliche Nutzung wird im Wege der linearen Abschreibung ermittelt. Für Gebäude und andere Bauten, die mehr als fünf Jahre vor dem Eröffnungsbilanzstichtag hergestellt oder angeschafft wurden und deren tatsächliche Anschaffungs-

und Herstellungskosten mit vertretbarem Aufwand nicht ermittelbar sind, können für die Bewertung

- Normalherstellungskosten (z. B. NHK 2000 gemäß den Wertermittlungs-Richtlinien des Bundes und Runderlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 1.12.2001, BS zwölf – 63 05 04 – 30/1) oder
- Versicherungswerte (z. B. Friedensneubauwerte) als Grundlage für eine sachgerechte Schätzung oder
- Gutachten (z. B. Schätzung des Ortsgerichts) verwendet werden.

Bei der Verwendung von Erfahrungswerten ist darauf zu achten, dass bauliche Veränderungen berücksichtigt sind. Versicherungswerte, die in den letzten drei Jahren vor dem Eröffnungsbilanzstichtag ermittelt wurden, gelten als aktuell, sofern in dieser Zeit keine wesentlichen baulichen Veränderungen erfolgt sind. Das Abweichen vom Anschaffungskosten-/Herstellungskosten-Prinzip und von der gewählten Bewertungsmethode ist im Anhang zur Eröffnungsbilanz zu erläutern. Die ermittelten Werte sind auf den Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt zu indizieren.

Straßen-Infrastrukturvermögen: Das Straßen-Infrastrukturvermögen ist in der Eröffnungsbilanz mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen. Sind die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten mit vertretbarem Aufwand nicht ermittelbar, kann für das Straßeninfrastrukturvermögen in der Eröffnungsbilanz ein Durchschnittsbetrag je Straßenkilometer angesetzt werden. Dieser Durchschnittsbetrag je Straßenkilometer wird ermittelt aus dem Durchschnitt der Summe aller investiven Ausgaben für den Straßenbau der letzten 30 Jahre dividiert durch die Gesamtlänge der Gemeindestraßen ein Jahr vor dem Bilanzstichtag multipliziert mit dem Faktor 0,5. Der so ermittelte Wert ist auf eine Restnutzungsdauer von 15 Jahre zu verteilen. Eine Rückindizierung findet in diesem Fall nicht statt. Nach dem Grundsatz der Einzelbewertung ist mindestens jede Straße einzeln zu bewerten. Von einer getrennten Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Straßendecke und Aufbauten (Beschilderung, Schutzplanken, etc.) kann abgesehen werden.

Bei der erstmaligen Bewertung des Straßen- und Infrastrukturvermögens können auch das vom Land Hessen angewandte Bewertungsverfahren entsprechend oder andere Bewertungsverfahren, die auf einem sachgerechten Maßstab basieren (z. B. Bewertung nach Schadenszustandsklassen), verwendet werden. Die ermittelten Werte sind auf den Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt zu indizieren.

6.2 Kennzahlen

Anlagevermögen

Anlagenintensität	86,62%
-------------------	--------

Die **Anlagenintensität** gibt den Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme an. In der Privatwirtschaft liefert diese Kennzahl Anhaltspunkte für die Produktionskapazität und die Reaktionsfähigkeit auf veränderte Rahmenbedingungen. Der überwiegende Teil des Anlagevermögens einer Kommune besteht aus Infrastrukturvermögen, Grundstücken und Gebäuden. Dieses Vermögen ist nicht primäre Basis für die Produktionskapazität. Eine für eine Kommune relevante Rahmenbedingung ist die demografische Entwicklung. In diesem Zusammenhang hat die Anlagenintensität eine gewisse Aussagekraft, die aber nicht überbewertet werden sollte (Zahl und Wert z.B. von Straßen müssen nicht unmittelbar der Bevölkerungszahl und –struktur folgen). Für die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit einer Kommune hat die Anlageintensität insofern Aussagekraft, als eine hohe Anlagenintensität in der Regel zu hohen Fixkosten (Abschreibungen, Erhaltungsaufwand) in kommenden Jahren führt.

Das Anlagevermögen verteilt sich wie folgt:

Immaterielle Vermögensgegenstände	3.317.066,00€	5,02%
Sachanlagen	56.570.084,19 €	85,66%
Finanzanlagen	6.154.138,29 €	9,32%
Summe Anlagevermögen	66.041.288,48 €	100,00%

Die Sachanlagen sind untergliedert in:

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	16.929.065,51 €	29,93%
Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	13.975.950,79 €	24,71%
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	24.293.821,10 €	42,94%
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	275.152,00 €	0,49%
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	762.424,69 €	1,35%
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	333.852,10 €	0,59%
Summe Sachanlagen	56.570.084,19 €	100,00%

Pro Einwohner (zum Eröffnungsbilanzstichtag gemäß Landesstatistik 14.913) verteilt sich das Anlagevermögen wie folgt:

Anlagevermögen je Einwohner	4.428,00 €
davon Sachanlagen je Einwohner	3.793,30 €
davon Grundstücksvermögen je Einwohner	1.135,20 €
davon Gebäudevermögen je Einwohner	937,20 €
davon Infrastrukturvermögen je Einwohner	1.629,00 €
davon sonstige Sachanlagen	91,90 €

Eigenkapital

Eigenkapitalquote	17,19%
-------------------	--------

Die **Eigenkapitalquote** gibt den Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme an. Je höher die Eigenkapitalquote ist, umso unabhängiger ist die Kommune von den Entwicklungen der Zinsen am Kapitalmarkt. Außerdem ist eine hohe – im Mehrjahresvergleich mindestens stabile – Eigenkapitalquote ein Indiz dafür, dass die intergenerative Gerechtigkeit bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben mit Erfolg beachtet wurde.

Nach R 33 Abs. 2 S. 3 der Körperschaftssteuerrihtlinie 2004² ist eine angemessene Eigenkapitalausstattung grundsätzlich gegeben, wenn das Eigenkapital mindestens 30 % des Aktivvermögens beträgt (dort formuliert für Betriebe gewerblicher Art).

Eigenkapital je Einwohner	879,00 €
---------------------------	----------

Fremdkapital, Verbindlichkeiten, Kreditverschuldung

Fremdkapitalquote	49,90%
Verbindlichkeitenquote	27,86%
Kreditverschuldungsgrad	17,14%

Die **Fremdkapitalquote** gibt den Anteil des Fremdkapitals (Rückstellungen, Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzungsposten) an der Bilanzsumme an. Als „Gegenposition“ zur Eigenkapitalquote gelten die Ausführungen dort mit „umgekehrten Vorzeichen“.

Die **Verbindlichkeitenquote** ist eine Teilbetrachtung der Fremdkapitalquote und gibt den Anteil der Bilanzposition „Verbindlichkeiten“ an der Bilanzsumme an.

Der **Kreditverschuldungsgrad** ist eine Teilbetrachtung zur Verbindlichkeitenquote und gibt den Anteil der Kreditverbindlichkeiten an der Bilanzsumme an. Treffender als die beiden anderen das Fremdkapital betreffenden Quoten zeigt der Kreditverschuldungsgrad die Abhängigkeit von der Entwicklung an den Kapitalmärkten an und ist insbesondere ein Hinweis auf bestehende Zinsänderungsrisiken.

Verbindlichkeiten je Einwohner	1.424,00 €
davon Kreditverbindlichkeiten je Einwohner	876,00 €

Anlagendeckungsgrad

Anlagendeckungsgrad I	19,84%
Anlagendeckungsgrad II	56,66%

Der **Anlagendeckungsgrad I** gibt Auskunft darüber, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist. Der **Anlagendeckungsgrad II** gibt den Anteil des langfristigen Kapitals – Eigenkapital, Sonderposten, langfristige Verbindlichkeiten³ – am Anlagevermögen an. Mit einem Wert von (mindestens) 100% ist der Anlagendeckungsgrad II Hinweis auf die Einhaltung der Fristenkongruenz (so genannte „goldenen Bilanzregel“). Diese Regel wird in Neu-Anspach nicht eingehalten.

² Diese Richtlinie ist gemäß Internetseite des Bundesfinanzministeriums aktuell gültig.

³ (Rest-)Laufzeit > 5 Jahre

7. Aktiva: Feststellungen zu den einzelnen Positionen

7.1 Immaterielles Vermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände sind durch Entgelt erworbene Rechte, die zu Anschaffungskosten zu bewerten sind. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind nicht zu bilanzieren. Gleiches gilt für entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die technisch oder wirtschaftlich überholt sind (VV zu § 59 Abs.6 GemHVO).

Gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO-Doppik sind Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte unter der Bilanzposition 1. a) aa) auf der Aktivseite auszuweisen.

Die Stadt Neu-Anspach hat beachtet, dass technisch oder wirtschaftlich veraltete Konzessionen, Lizenzen oder ähnliche Rechte nicht bilanziert werden dürfen.

Den gesetzlichen Möglichkeiten des § 59 Abs. 1 GemHVO-Doppik entsprechend hat die Stadt nur die Konzessionen, Lizenzen oder ähnlichen Rechte angesetzt, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im einzelnen den Betrag von 3.000,- € ohne Umsatzsteuer überschritten haben.

Dabei wurden von der Stadt die Konzessionen, Lizenzen und ähnlichen Rechte, § 41 Abs. 1 GemHVO weitgehend entsprechend mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Eröffnungsbilanz angesetzt. In Einzelfällen wurde auch auf andere zulässige Bewertungsverfahren zurückgegriffen.

Die Abschreibungen auf zuvor genannte Bilanzposition wurde für den Nutzungszeitraum, beginnend mit der Anschaffung bis zum Eröffnungsbilanzstichtag berücksichtigt wobei der zugrunde gelegte Nutzungszeitraum nach vorliegender Prüfung korrekt bestimmt wurde.

7.1.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Von der Stadt gewährte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge sind als immaterielle Vermögensgegenstände auszuweisen und dann zu aktivieren, wenn sie an einen bestimmten Zweck gebunden und unter Geltendmachung eines Rückforderungsanspruchs geleistet werden. Ausnahmen sind bei Investitionsfördermaßnahmen, die von untergeordneter Bedeutung sind, zulässig.

Gesetz den Fall, dass eine Abschreibung über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zu aufwendig gewesen wäre, handelte die Stadt Neu-Anspach gemäß § 43 Abs. 5 GemHVO-Doppik und nahm bei Investitionszuweisungen- und -zuschüssen eine jährliche Abschreibungen von zehn Prozent vor.

7.2 Sachanlagen

Die Sachanlagen stehen der Stadt Neu-Anspach dauerhaft zur Verfügung und stellen den wesentlichen Teil des Anlagevermögens dar. Aus dem Bereich des Sachvermögens wurden im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz die unbebauten Grundstücke, die bebauten Grundstücke und das Infrastrukturvermögen einer ausführlichen Betrachtung unterzogen. Die Wertermittlung für bebaute Grundstücke geht immer von einer getrennten Wertermittlung für die Bauten und den zugehörigen Grund und Boden aus. Der Wert der Sachanlagen belief sich auf 56.570.084,19 € .

7.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte

Der Gesamtwert aller Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte belief sich auf 16.929.065,51 €. Die Gesamtfläche betrug 4.512.558 m².

Der Bestand an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten der Stadt Neu-Anspach wurde aus dem Zweitkataster ermittelt. Auf dieser Grundlage ist die vollständige Erfassung aller im Eigentum der Stadt stehenden Grundstücke sichergestellt.

Die Bewertung von Grundstücken erfolgte nicht immer in Übereinstimmung mit den Bewertungsvorschriften.

Die Bewertung der Grundstücke stimmt teilweise nicht mit den Empfehlungen der hessischen Rechnungsprüfungsämter überein. Begründungen für die Abweichungen liegen nicht vor. Teilweise erfolgte die Zuordnung zu den Konten des Verwaltungskontenrahmens (bebaute bzw. unbebaute Grundstücke) nicht zutreffend, für eine wertmäßig richtige Darstellung der Vermögenslage ist die (zu bereinigende) Anlagenbuchhaltung jedoch unerheblich. Die Bewertung und die Kontenzuordnung sollen daher nach Angabe der Stadt Neu-Anspach mit dem Jahresabschluss 2012 korrigiert werden.

Die Flurstücke der ehemaligen Kreisstraße K 734 im Ortsteil Hausen-Arnsbach fehlen in der Bilanz. Die ehemalige Kreisstraße K 734 war zum Bewertungsstichtag 31.12.2008 bereits zu einer Gemeindestraße abgestuft und ist daher gemäß § 11 des Hessischen Straßengesetzes in den Besitz der Stadt Neu-Anspach übergegangen. Sollten diese Grundstücke im Grundbuch noch nicht auf die Stadt Neu-Anspach umgeschrieben sein, so muss sich die Stadt Neu-Anspach gemäß § 12 des Hessischen Straßengesetzes um die Berichtigung des Grundbuches kümmern.

Auch wenn evtl. die formale Grundbuchumschreibung noch fehlt, ist die Stadt Neu-Anspach durch den Übergang der Straßenbaulast auf jeden Fall der wirtschaftliche Eigentümer dieser Grundstücke, so dass die fehlenden Grundstücke nachzuerfassen sind.

Die Bewertung der Friedhöfe stimmt nicht mit den Empfehlungen der hessischen Rechnungsprüfungsämter überein. Eine Begründung für die höhere Bewertung liegt nicht vor. Die Bewertung soll nach Angabe der Stadt Neu-Anspach mit dem Jahresabschluss 2012 korrigiert werden.

7.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken

Der Gesamtwert der Bilanzposition „Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken“ belief sich auf 13.975.950,79 €. Der Wert der geprüften Bauten entspricht 56 % dieses Gesamtbetrages.

7.2.2.1 Bauten auf eigenen Grundstücken

Zu den bebauten Grundstücken zählen alle Grundstücke, die mit Gebäuden bebaut sind. Gebäude sind alle nach den Regeln der Bautechnik geschaffenen Vermögensgegenstände, die Wohn-, Verwaltungs- oder Betriebszwecken dienen. Hierzu zählen insbesondere: Wohnbauten, Büro-, Betriebs- und Lagergebäude, Schulen, kulturelle und soziale Einrichtungen wie z. B. Kindertagesstätten, Jugendclubs, Seniorenfreizeitstätten, Veranstaltungszentren, Gemeindehäuser, Theater und sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude (Rathaus, Feuerwehrgerätehaus, Rettungswache etc.).

Eine Vollständigkeitskontrolle der Gebäudedaten anhand eines Abgleichs mit dem Bestand der abgeschlossenen Brandversicherungen hat die Stadt Neu-Anspach nicht durchgeführt. Eine solche Kontrolle anhand der vorgelegten Brandversicherungsunterlagen war auch nicht Gegenstand der Prüfung der Eröffnungsbilanz.

Die Ermittlung der bilanzierten Werte erfolgte in überwiegender Übereinstimmung mit den Bewertungsvorschriften.

7.2.2.2 Bauten auf fremdem Grund und Boden

Es gab keine baulichen Anlagen auf fremden Grundstücken.

7.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen

Für die Bewertung der Straßen und Wege wurde von der Stadt Neu-Anspach das Büro Kommunal Consult Becker beauftragt.

Die baulichen Anlagen des Infrastrukturvermögens umfassen generell Aufbauten wie Straßenkörper, sonstige Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen.

Die Bewertung der Straßen und Radwege erfolgte in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften. Straßen, bei denen noch tatsächliche Anschaffungs- und Herstellkosten auffindbar waren, wurden mit diesen tatsächlichen Kosten bewertet. Teilweise stimmen die aktivierten tatsächlichen AHK jedoch nicht mit den vorgelegten Nachweisen überein und sollen nach Angabe der Stadt Neu-Anspach mit dem Jahresabschluss 2012 korrigiert werden.

Alle Straßen, bei denen keine tatsächlichen AHK mehr auffindbar waren, wurden mit einer Ersatzbewertung bewertet.

Die Straße „Zu den Gärten“ in Westerfeld ist in der Eröffnungsbilanz nicht enthalten und soll nach Angabe der Stadt Neu-Anspach zu einem späteren Jahresabschluss nacherfasst werden.

Bei den Ingenieurbauwerken, die mit tatsächlichen AHK bewertet wurden, stimmen teilweise diese Kosten nicht mit den Nachweisen überein und sollen zu einem späteren Jahresabschluss korrigiert werden.

Die Ermittlung der bilanzierten Werte des Infrastrukturvermögens erfolgte in Übereinstimmung mit den Bewertungsvorschriften.

Es wird empfohlen, die für die Aktivierung von Straßenbaumaßnahmen erlassene Richtlinie zu verschiedenen Gesichtspunkten zu konkretisieren.⁴

7.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung

Bei der Stadt Neu-Anspach gab es Maschinen bzw. Anlagen, die unter „Maschinen und technische Anlagen“ bilanziert waren. Alle relevanten Gegenstände waren vollständig bilanziert.

In der Bilanz unter Punkt 1.2.4 „Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung“ wurde versehentlich ein Hausanschluss (Anlagenspiegel HIST-02180) mit einem Buchwert in Höhe von 187.957,00€ bilanziert, der nicht nachgewiesen werden konnte. Dieser Wertansatz soll nach Angabe der Stadt Neu-Anspach mit dem Jahresabschluss 2012 aus der Bilanz entfernt werden.

7.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Betriebs- und Geschäftsausstattung sind Gegenstände, die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens oder einer Körperschaft dienen, aber nicht unmittelbar in der Produktion eingesetzt sind, beispielsweise PCs, Drucker oder Werkstatteinrichtungen, aber auch der Fuhrpark.

⁴ Weitergehende Hinweise liegen der Stadt Neu-Anspach vor.

Betriebs- und Geschäftsausstattung war vorhanden. Der Wert der Bilanzposition betrug 38.181,39 €.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde vollständig bilanziert.

7.2.6 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

In der Bilanzposition „Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“ werden alle Zahlungen für Vermögenswerte aktiviert, die unfertige Anlagen bzw. unfertige Gebäude betreffen. Darüber hinaus werden in der Bilanzposition „Anzahlungen“ für noch nicht durchgeführte Lieferungen oder Leistungen aktiviert.

Es lagen geleistete Anzahlungen bzw. Anlagen im Bau vor, die vollständig mit einem Wert von insgesamt 333.852,10 € bilanziert wurden

Die kameralen Abschlagszahlungen für Lieferungen und Leistungen wurden vollständig in der Bilanzposition „Geleistete Anzahlungen“ ausgewiesen.

Es wurden zwei Anlagen aus dem Bereich „Anlagen im Bau“ geprüft. Hiermit wurden 62 % der Anlagensumme abgedeckt. Bei den Anlagen handelt es sich um der Haisterbachstraße 3.BA und den Straßenbau „auf der Grub“.

Der Wertansatz der Bilanzposition „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ erfolgte ordnungsgemäß.

7.3 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen hatten einen Wert von 6.154.138,29 €.

Davon entfielen auf Wertpapiere 38,2 T€, auf Anteile an verbundenen Unternehmen / Beteiligungen 6.044,2 T€ und auf vergebene Kredite (Ausleihungen) 71,8 T€.

7.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Stadt Neu-Anspach hatte verbundene Unternehmen. Diese verbundenen Unternehmen der Stadt Neu-Anspach wurden vollständig erfasst.

Der Wert für die Bilanzposten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ war nicht ordnungsgemäß ermittelt. Der im Weg der Eigenkapitalspiegelbildmethode ermittelte Wert war nicht der zum 31.12.2008. Eine Korrektur soll nach Angaben der Stadt Neu-Anspach mit dem Jahresabschluss 2012 erfolgen.

7.3.2 Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen.

Die Ermittlung der bilanzierten Werte der Beteiligungen erfolgte entsprechend den Bewertungsvorschriften.

Auf diese Bilanzposition entfielen 684.354,61 €.

7.3.3 Ausleihungen

Ausleihungen im kommunalen Umfeld erfolgen meistens als Fördermaßnahmen, zum Beispiel als Wohnungsbaudarlehen oder Sportförderdarlehen. Sie können auch als Mittel eines wirtschaftlichen Liquiditätsmanagements eingesetzt werden. So können Liquiditätsüberschüsse bzw. -engpässe in verschiedenen Kassen der verbundenen Körperschaften und Unternehmen genutzt bzw. ausgeglichen werden, ohne Kredite gegenüber Dritten aufzunehmen.

Die Stadt Neu-Anspach hatte zum Bilanzstichtag Finanzmittel an zwei Einrichtungen im Wert von insgesamt 71.785,38 € ausgeliehen.

7.3.4 Wertpapiere

Wertpapiere werden nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren unterschieden. Zu den börsennotierten zählen z. B. von Aktiengesellschaften ausgegebene Aktien, deren Kurs an einer amtlichen Börse oder einem Sekundärmarkt notiert werden. Sie sind unter der Bilanzposition „Wertpapiere“ auszuweisen, wenn die Stadt mit weniger als 20 % an der Aktiengesellschaft beteiligt war.

Die Stadt Neu-Anspach hatte keine börsennotierten Wertpapiere, die unter der Bilanzposition „Wertpapiere“ auszuweisen wären.

Bei den zu bilanzierenden nicht-börsennotierten Wertpapieren handelt es sich um die Anlage der Versorgungsrücklage im KVR-Fonds.

7.4 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen der Stadt Neu-Anspach belief sich zum Bilanzstichtag auf 10.185.264,18 €. Die Höhe des Umlaufvermögens entsprach damit in etwa 13,4 % des Bilanzvolumens.

Mit 1.993.935,87 € wurde rund 2,6 % des kommunalen Umlaufvermögens als Forderungen, wie ausstehende Gelder aus Gebühren, Beiträgen und Steuern, gehalten.

7.4.1 Vorräte

Vorräte sind Vermögensgegenstände, die zum Ge- bzw. Verbrauch dienen und sich noch im Besitz der Stadt befinden. Zu den Vorräten zählen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige und fertige Erzeugnisse und Waren.

Es waren keine zu bilanzierenden Vorräte vorhanden.

7.4.2 Liquide Mittel

Die Höhe der liquiden Mittel belief sich zum Stichtag auf 114.201,34 €.

Die ausgewiesenen liquiden Mittel stimmten mit dem Kassenbestand der kameralen Haushaltsrechnung überein.

7.4.3 Öffentlich-rechtliche Forderungen

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen handelt es sich um in Geld bewertete Ansprüche für Steuern (Kontenart 159), Beiträge und Gebühren (Kontenart 151). Unter dieser Position sind alle zum 31.12.2008 gebildeten bereinigten Kasseneinnahmereste zu bilanzieren.

Öffentlich-rechtliche Forderungen waren vollständig bilanziert.

Die Bewertung von öffentlich-rechtlichen Forderungen erfolgte unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen ordnungsgemäß.

7.4.4 Forderungen aus Transferleistungen

Forderungen aus Transferleistungen resultieren aus typisch öffentlichen Finanzbeziehungen, in welchen Finanzleistungen nicht in einem Leistungs-Gegenleistungsverhältnis stehen, sondern entweder zur Förderung bestimmter Zwecke oder im Zusammenhang mit öffentlichen Finanzierungsbeziehungen gezahlt werden.

Forderungen aus Transferleistungen waren vollständig bilanziert.

Der ausgewiesene Wert von Forderungen aus Transferleistungen war ordnungsgemäß unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen ermittelt.

7.4.5 Sonstige privatrechtliche Forderungen

Eine privatrechtliche Forderung basiert auf einem Schuldverhältnis nach § 241 BGB, z.B. Kauf-, Werk- oder Dienstleistungsverträgen. Zu diesen Forderungen zählen: Forderungen im Zusammenhang mit der Lieferung von Waren oder Dienstleistungen, die noch nicht oder nur zum Teil bezahlt wurden, aufgelaufene Gebäudemieten, Zahlungsrückstände auf Waren oder Dienstleistungen, sofern ihnen keine Kredite zugrunde liegen u.ä.

Es waren sonstige privatrechtliche Forderungen vorhanden.

Sie waren vollständig bilanziert.

Die Bewertung der sonstigen privatrechtlichen Forderungen erfolgte unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen ordnungsgemäß.

7.4.6 Sonstige Vermögensgegenstände

Unter „Sonstigen Vermögensgegenständen“ versteht man alle nicht an anderer Stelle auszuweisenden Forderungen. Zu den sonstigen Vermögensgegenständen zählen Pachten auf Land und Bodenschätze, zustehende Dividenden, Zinsen u.ä.

Es waren sonstige Vermögensgegenstände in der Stadt Neu-Anspach vorhanden. Sie waren vollständig erfasst.

Der Wertansatz erfolgte ordnungsgemäß.

7.4.7 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Unter dieser Position sind die Forderungen der Stadt aus den mit der Landesbank Hessen-Thüringen abgeschlossenen SV-Forward-Plus Finanzderivaten in Höhe von 23.140,- € aktiviert.

Angesichts der geringen Höhe wurde im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz darauf verzichtet, diese Position genauer zu betrachten. Dies wird unter Beachtung des risikoorientierten Prüfungsansatzes ggf. bei einer der nächsten Jahresabschlussprüfungen nachgeholt.

7.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bei aktiven Rechnungsabgrenzungsposten geht es um Ausgaben (vor dem Bilanzstichtag bezahlt) für Aufwendungen, die erst nach dem Bilanzstichtag anfallen und somit einer anderen Periode zuzurechnen sind. Bei der Stadt wurden aktive Rechnungsabgrenzungsposten im Umfang von 18.350,18 € gebildet.

8. Passiva: Feststellungen zu den einzelnen Positionen

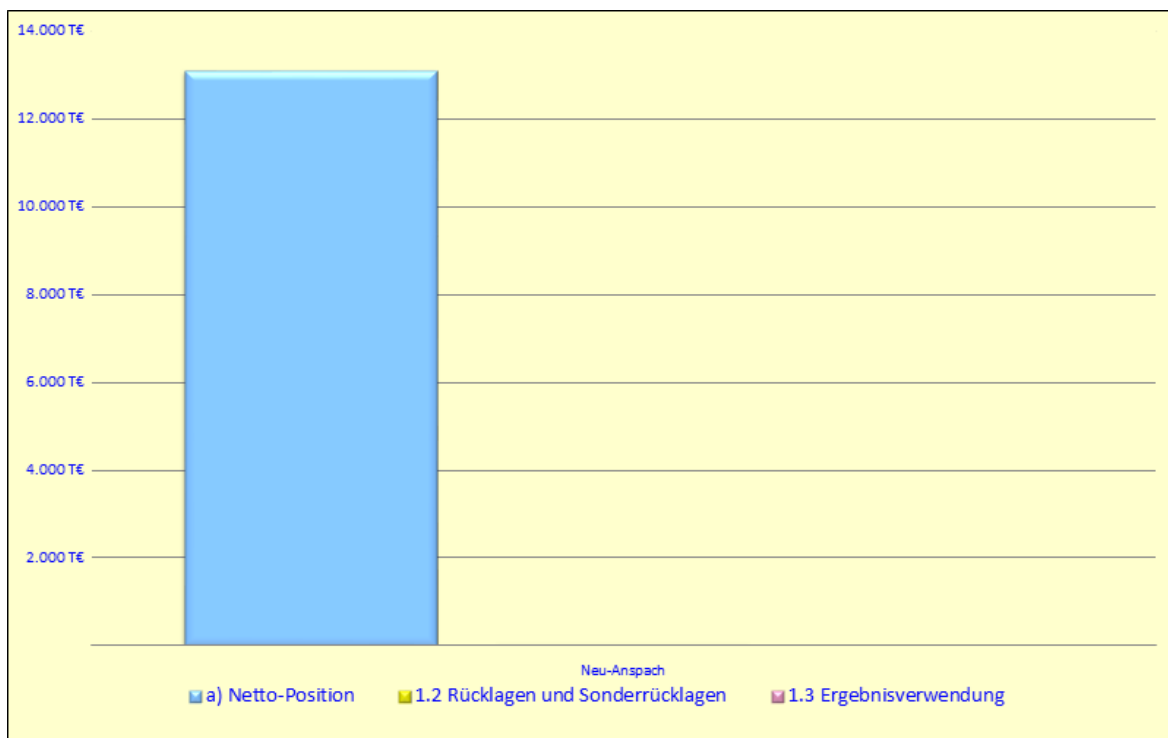
8.1 Nettoposition

In der kommunalen Bilanz wird die Nettoposition auf der Passiv-Seite als Differenz zwischen Vermögen und Schulden ausgewiesen und entspricht annähernd dem handelsrechtlichen Eigenkapital.

Die Stadt Neu-Anspach hat die Netto-Position in der Eröffnungsbilanz korrekt ermittelt.

Die Nettoposition der Stadt Neu-Anspach betrug 13.100.767,81 €.

Das Eigenkapital stellte sich insgesamt wie folgt dar:



Ansicht 3: Eigenkapital

8.2 Rücklagen

Es wurde eine zweckgebundene Rücklage in einer Höhe von 2.692,64 € ausgewiesen.

8.3 Sonderposten

Unter der Nettoposition müssen als Sonderposten u.a. Investitionszuwendungen ausgewiesen werden, da diese zwar das Vermögen erhöhen, aber zweckgebunden übertragen sind. Anschließend werden sie entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst. Sie fließen ebenso wie die Abschreibungen des finanzierten Vermögensgegenstandes in die Ergebnisrechnung ein. Für die erste Eröffnungsbilanz gilt es, die Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie auch die (Teil-)Finanzierung der Investitionen über Beiträge aus den vergangenen 30 Jahren zu bilanzieren.

Bei Regie- oder Eigenbetrieben, die als gebührenrechnende Einheiten einen betriebswirtschaftlich ermittelten Aufwand ausweisen müssen, stehen die Grundsätze der Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit und des kaufmännischen Vorsichtsprinzips im Vordergrund. Insofern sind für die Gebührenkalkulation die „höheren Bewertungen“ zu Zeitwerten zulässig und notwendig. In der

Bilanz der Stadt sind dann die Differenzen zu den AHW oder den rückindizierten AHW als ertragswirksame Sonderposten auszuweisen, um das vom Gesetzgeber vorgegebene „tendenziell vorsichtig-niedrige gesamtkommunale Aufwands- und Bewertungsniveau“ zu erreichen. Bei der Stadt Neu-Anspach wurden Sonderposten im Gesamtwert von 25.093.984,20 € ausgewiesen.

Die Beträge der empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüsse der vergangenen 30 Jahre für konkrete Vermögensgegenstände wurden als Sonderposten korrekt unter Berücksichtigung der in Anspruch genommenen Nutzungsdauer bewertet und ausgewiesen.

In den vergangenen 30 Jahren wurden Beiträge erhoben, die der Finanzierung der Investitionsvorhaben dienten.

Die Prüfung der Sonderposten konnte zum größten Teil nur über Datenblätter aus dem Buchhaltungsprogramm erfolgen, da die Vorlage der Zuschussbescheide nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich gewesen wäre. Die Zuschüsse wurden korrekt mit den betreffenden Anlagegütern verknüpft und werden zutreffend entsprechend der Nutzungsdauer des jeweiligen Anlageguts aufgelöst. Die Prüfung über den tatsächlichen Zugang der einzelnen Zuschüsse war dagegen nicht möglich.

8.4 Rückstellungen

8.4.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Unter der Bilanzposition „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ werden Mittel für künftige Aufwendungen zur Altersversorgung der Beamten und deren Angehörige, geregelt nach dem Beamtenversorgungsgesetz - BeamtVG, sowie die Rückstellungen für Beihilfen, die nach der Beihilfenverordnung (BVO) geregelt sind, bilanziert. Beihilfen sind eine finanzielle Unterstützung in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen für deutsche Beamte und Berufsrichter sowie deren Ehepartner und Kinder, soweit diese nicht selbst sozialversicherungspflichtig sind.

Es bestand eine unmittelbare Versorgungsverpflichtung der Stadt Neu-Anspach gegenüber ihren aktiven Beamten und Pensionären: Die Stadt hatte zum Prüfungszeitpunkt insgesamt zwölf anspruchsberechtigte Personen, einschließlich der anspruchsberechtigten Hinterbliebenen. Infolgedessen waren für diesen Personenkreis Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für ähnliche Verpflichtungen zu bilden. In der Vergangenheit wurde immer wieder die Frage thematisiert, inwieweit kommunale Gebietskörperschaften aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Versorgungskasse nicht oder nicht umfänglich dazu verpflichtet seien, die Ansprüche ihrer Versorgungsberechtigten in den Bilanzen als Pensionsverpflichtungen auszuweisen. Insofern ist es wesentlich festzustellen, inwieweit der Stadt die Pensionsverpflichtungen ihrer Beamten vollumfänglich anerkannt hatte oder nicht:

Die Stadt Neu-Anspach war Mitglied eines kommunalen Versorgungsverbands, KDZ Wiesbaden. Die Stadt Neu-Anspach nahm an dem entsprechenden Umlageverfahren teil. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 116.600 € Umlagen abgeführt.

Es wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt, um die Versorgungsansprüche zu berechnen. Das Gutachten wurde durch die Versorgungskasse erstellt. Dementsprechend wurden Pensionsverpflichtungen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber Beamten und deren Hinterbliebenen mit einem Betrag von insgesamt 5.640.070,11 € errechnet und entsprechend in die Bilanz eingestellt. Der Wert berücksichtigt sowohl die im Ruhestand befindlichen Versorgungsberechtigten, als auch die noch im aktiven Erwerbsstatus befindlichen Beamten und die anspruchsberechtigten Hinterbliebenen. Je Versorgungsberechtigten in der Versorgungsphase errechnet sich ein durchschnittlicher Rückstellungsbetrag von 445.066,20 € und je Anspruchsberechtigtem in der aktiven Dienstphase ein durchschnittlicher Rückstellungsbetrag von 218.256,29 €.

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen durch die Versorgungskasse wurde ein Zinssatz von 6% angewendet. Dies entspricht der Vorgabe nach § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik. Der Hessische Rechnungshof hat jedoch darauf hingewiesen, dass dieser Rechnungszinsfluß in der - inzwischen langjährigen - Niedrigzinsphase, deren Ende nicht abzusehen ist, unrealistisch ist und zu zu geringen Rückstellungswerten führt. Ohne Änderung der Verordnung - die GemHVO in der aktuellen Fassung enthält die gleiche Vorgabe - ist den Kommunen eine andere, aus Sicht des Hessischen Rechnungshofs zutreffendere Vorgehensweise allerdings nicht möglich. Eine Erläuterung im Anhang sollte aber künftig erfolgen.

Für Beihilfen waren insgesamt 583.518 € zurückgestellt.

8.4.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen

Nach Vollendung des 55. Lebensjahres können Beschäftigte mit der Stadt vereinbaren, in einem Altersteilzeitverhältnis mit im Regelfall halbierten durchschnittlicher Arbeitszeit beschäftigt zu werden. Das Altersteilzeitentgelt der Beschäftigten wird von der Kommune für die Laufzeit der Vereinbarung aufgestockt (meist von 50 % des letzten Nettoeinkommens um 33 Prozentpunkte auf insgesamt 83 %). Darüber hinaus ist durch den Arbeitgeber in der Regel der Beitrag zur Rentenversicherung auf 90 % aufzustocken sowie ggf. eine Abfindung zu zahlen.

Rechtliche Grundlage für die Altersteilzeitverhältnisse sind individuelle oder Betriebsvereinbarungen (z. B. TV ATZ zum TVöD) auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes. Ebenfalls sind für nicht genommenen Urlaub und nicht vergütete Mehrarbeitszeit Rückstellungen zu bilden.

Von den anspruchsberechtigten 19 MitarbeiterInnen der Stadt Neu-Anspach machten acht von der Altersteilzeitregelung Gebrauch. Die Altersteilzeitquote lag entsprechend bei 42,1 %.

Rückstellungen für noch nicht in Anspruch genommenen Urlaub und geleistete Überstunden waren nicht in der Bilanz ausgewiesen.

8.4.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien

Aus dem Betrieb von Abfalldeponien entstehen für den Betreiber Rekultivierungs- und Nachsorgepflichten. Zielsetzung ist die Wiedereingliederung der Deponie in die Landschaft sowie die Vermeidung von Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit.

Die Stadt Neu-Anspach hatte keine geschlossenen Abfalldeponien.

8.4.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten

Gebietskörperschaften sind dazu verpflichtet, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden. Dazu gehören unter anderem die Rekultivierungsverpflichtungen oder Sanierungsverpflichtungen im Bereich Altlasten.

Die Stadt Neu-Anspach hatte keine Altlasten.

8.4.5 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleiches und von Steuerschuldverhältnissen

Der Finanzausgleich beschreibt allgemein die Verteilung von Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben zwischen und innerhalb der verschiedenen staatlichen Ebenen. Auf Basis der Einnahmesituation wird die Leistungsfähigkeit der Gemeinde festgesetzt und Umverteilungen erfolgen über Umlagen.

Nach Nr. 9 der VV zu § 39 GemHVO-Doppik (geringfügig modifiziert übernommen in Nr. 12 der Hinweise zu § 39 GemHVO, die Änderungen sind im Folgenden durch eckige Klammern gekennzeichnet) sind "für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs ... Rückstellungen zu bilden, wenn [ungewöhnlich] hohe Steuererträge des laufenden Jahres aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs in späteren [in folgenden] Jahren zu höheren [zu ungewöhnlich hohen] Umlagezahlungen führen." (Die Unterschiede zwischen § 39 Abs. 1 Nr. 7

GemHVO-Doppik und GemHVO sind deutlicher, da die Hinweise teilweise in die Verordnung übernommen wurden.)

Der Hessische Rechnungshof sieht in dieser Spitzenberechnung einen Verstoß gegen das Vollständigkeitsgebot und empfiehlt dem Ordnungsgeber eine Anpassung der Regelungen an die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung bzw. die HGO, um der Periodizität und der Vollständigkeit Rechnung zu tragen. (Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs, Kommunalbericht 2013, S. 97 f.)

Diese Empfehlung wird auch damit begründet, dass durch die periodengerechte Zuordnung des Aufwands (durch Bildung der Rückstellung) in das Jahr des Steueraufkommens, Ertrag und Aufwand in die gleiche Periode fallen und dadurch Überzeichnungen auf der Ertrags- oder der Aufwandsseite vermieden werden.

Es stehen somit zwei Modelle mit sehr unterschiedlichem Verbindlichkeitscharakter im Raum. Nach dem verbindlichen Modell der GemHVO(-Doppik) und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften / Hinweisen sind Rückstellungen für Verbindlichkeiten nach dem FAG (nur) in der Höhe zu bilden, in der [ungewöhnlich] hohe Steuererträge zu höheren [ungewöhnlich hohen] Umlagezahlungen führen. Nach dem anderen, vom Ordnungsgeber (noch) nicht umgesetzten Modell, bestehen die Aufwendungen für Umlagezahlungen aus den für das Haushaltsjahr zu bildenden Rückstellungen, die nach der Systematik des Finanzausgleichs bis zu zwei Jahre später zu Auszahlungen führen (oder von der anderen Seite betrachtet: die Auszahlungen einer Periode führen nach diesem Modell im Ergebnis zu keinem Aufwand, da sie durch die Auflösung von Rückstellungen finanziert werden).

Auch wenn die Änderungen von GemHVO-Doppik zu GemHVO und von den Verwaltungsvorschriften zu den Hinweisen nahe legen, dass das Volumen der Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem FAG deutlich begrenzt werden soll, scheint die von der Stadt Neu-Anspach in Anlehnung an die Auffassung des Hessischen Rechnungshofs durchgeführte Berechnung dann der GemHVO nicht zu widersprechen, wenn die Methode konsequent angewandt wird: Wird in jedem Jahr nur der Betrag der auf der Bemessungsgrundlage dieses Jahres berechneten Rückstellung aufwandswirksam (und werden die in diesem Jahr fälligen Umlagezahlungen durch die Auflösung von Rückstellungen aufwandsneutral gestellt), sind die Aufwendungen in den Jahren mit [ungewöhnlich] hohen Steuererträgen entsprechend höher als in Jahren mit durchschnittlichen oder [ungewöhnlich] niedrigen Steuererträgen. Anders als es die VV unterstellen, setzen sich die Aufwendungen nach diesem Modell aber nicht aus Umlageverpflichtungen des Haushaltsjahres und eventuellen Rückstellungen für Spitzenbeträgen zusammen, sondern bestehen - periodengerecht - in vollem Umfang aus Rückstellungen.

8.4.6 Andere Rückstellungen

Es wurden weitere Rückstellungen für an das Land zu leistende Zahlungen und einen Rechtsstreit im Zusammenhang Heisterbachstraße, für Prüfgebühren des Rechnungsprüfungsamtes sowie für Forderungen anderer Kommunen nach § 28 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch mit der Landesförderung gebildet.

8.5 Verbindlichkeiten

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten“ besteht entsprechend den Vorgaben der GemHVO aus Anleihen, Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen, aus kreditähnlichen Geschäften, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Transferverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben, Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie auch sonstigen Verbindlichkeiten. Die Stadt weist insgesamt 21.239.075,22 € als Verbindlichkeiten aus. Die einzelnen Positionen sind durch entsprechende Unterlagen (z.B. Zins- und Tilgungspläne) nachvollziehbar dokumentiert.

Die Verbindlichkeitenübersicht entspricht allerdings nicht dem vorgegebenen Muster 4 zu § 1 Abs. 4 Nr. 5 GemHVO, so dass die dort ausgewiesene Summe nicht mit dem Bilanzwert übereinstimmt.

8.6 Passive Rechnungsabgrenzung

Bei passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Einnahmen, die erst nach dem Bilanzstichtag zu Erträgen führen.

Die Stadt Neu-Anspach hatte passive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet. Hier handelt es sich um vorvereinbarte Grabnutzungsgebühren.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten waren in zutreffendem Umfang gebildet.

9. Anhang

Die Prüfung des Anhangs bezog sich im Wesentlichen auf die Einhaltung der §§ 50, 52 GemHVO-Doppik. Gemäß § 284 Abs. 1 HGB sind diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung vorgeschrieben oder die im Anhang zu machen sind, weil sie in Ausübung eines Wahlrechts nicht in die Bilanz aufgenommen wurden.

Im Wesentlichen geht es hierbei darum, folgende Sachverhalte zu erläutern bzw. zu begründen:

- Bewertungsmethoden und Wertansätze in der Bilanz,
- bestimmte Darstellungsweisen,
- Abschreibungsmethoden,
- Bewertung der Vorräte,
- Bewertung von Pensionsrückstellungen,
- Aufschlüsselung von Forderungen und Verbindlichkeiten,
- Informationen über die Mitarbeiterzahl,
- Haftungsverhältnisse, die auch anzugeben sind, wenn ihnen gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen,
- Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können (alle vorhandenen Bürgschaften, Gewährleistungen),
- noch nicht abgedeckte Fehlbeträge, die nach den einzelnen Jahren getrennt anzugeben waren.

Der Anhang enthält alle wichtigen Auskünfte über Angaben in der Eröffnungsbilanz.

Dem mit dem Anhang beabsichtigten Zweck, die Eröffnungsbilanz zu erläutern, wurde nachgekommen.

10. Zusammenfassung der wesentlichen Feststellungen

In folgenden Bereichen wurden Feststellungen getroffen, durch die eine Wertkorrektur bzw. Umbuchung erforderlich wird:

- Sachanlagevermögen
- Finanzanlagen
- Umlaufvermögen
- Sonderposten

Die Stadt Neu-Anspach wird diese Korrekturen mit dem Jahresabschluss 2012 vollziehen.

§ 108 Abs. 5 HGO eröffnet die Möglichkeit, die Eröffnungsbilanz nachträglich – und bis spätestens mit dem Jahresabschluss 2012 ergebnisneutral – zu korrigieren.

Eine Auflistung der Anlagegüter und Sonderposten, bei denen eine Korrektur bzw. Umbuchung erforderlich ist, ist dem Bericht als Anlage „Umbuchungsliste“ beigelegt.

11. Kommunaler Bestätigungsvermerk

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat der Fachbereich Revision des Hochtaunuskreises der als Anlage zu diesem Bericht beigefügten Eröffnungsbilanz der Stadt Neu-Anspach zum 01.01.2009 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

Wir haben die Eröffnungsbilanz sowie den Anhang der Stadt Neu-Anspach zum 01.01.2009 geprüft. Die Ermittlung der Datengrundlage und die Aufstellung von Eröffnungsbilanz und Anhang nach den gemeindewirtschaftlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Magistrats, der eine Vollständigkeitserklärung abgegeben hat. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Eröffnungsbilanz und den Anhang unter Einbeziehung der Ermittlungsgrundlagen abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung der Eröffnungsbilanz nach § 128 HGO vorgenommen. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch die Eröffnungsbilanz unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögenslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und die Würdigung der Gesamtdarstellung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Die Eröffnungsbilanz entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt – unter Berücksichtigung der Feststellungen in diesem Bericht – ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Stadt Neu-Anspach.

Bad Homburg v.d. Höhe, den 27.11.2014

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes
des Hochtaunuskreises

Prüfungsleiterin

Ludwig Maiworm
Verwaltungsdirektor

Dienstsiegel

Yvonne Wehrheim
Verwaltungsbetriebswirtin

12. Anlagen

12.1 Umbuchungsliste

Umbuchungsliste Eröffnungsbilanz Stadt Neu-Anspach

Waldgrundstücke

- Alle nachträglich erfassten Grundstücke, die als Ackerland bewertet wurden, werden der KG 066 „Wald“ zu 0,34 €/m² zugeordnet. Es handelt sich um folgende Grundstücke
 - Anlage GRUB-00252
 - Anlage GRUB-00256
 - Anlage GRUB-00551
 - Anlage GRUB-00553
 - Anlage GRUB-00555
 - Anlage GRUB-00561
 - Anlage GRUB-01295
 - Anlage GRUB-01362
 - Anlage GRUB-01364
 - Anlage GRUB-01438
 - Anlage GRUB-01914
 - Anlage GRUB-01933
 - Anlage GRUB-01963
 - Anlage GRUB-02310
 - Anlage GRUB-02402

Sonstige Grundstücke

- Korrektur 1 Flurstück = 1 Anlagen bei Gelegenheit
- 060781-001-00005/000.00 (GRUB-00005, GRUB-00006, GRUB-00007, GRUB-00008)
- 060781-001-00077/000.00 (GRUB-00071, GRUB-00072, GRUB-00073)
- 060781-004-00074/002.00 (GRUB-00162, GRUB-00163)
- 060781-006-00125/000.00 (GRUB-00214, GRUB-00214)
- 060781-007-00155/000.00 (GRUB-00255, GRUB-00255)
- 060781-017-00097/003.00 (GRUB-00458, GRUB-00459)
- 060781-019-00042/001.00 (GRUB-00495, GRUB-00496, GRUB-00497)
- 060781-022-00142/000.00 (GRUB-00567, GRUB-00568)
- 060781-029-00125/001.00 (GRUB-00712, GRUB-00713)
- 060781-030-00059/000.00 (GRUB-00783, GRUB-00784, GRUB-00785, GRUB-00786)
- 060781-034-00009/000.00 (GRUB-00857, GRUB-00858, GRUB-00859)
- 060781-035-00002/000.00 (GRUB-00864, GRUB-00865, GRUB-00866)
- 060801-001-00015/000.00 (GRUB-01268, GRUB-01269, GRUB-01270)
- 060801-001-00016/000.00 (GRUB-01271, GRUB-01272, GRUB-01273)
- 060801-001-00025/001.00 (GRUB-01278, GRUB-01278, GRUB-01280)
- 060801-002-00001/002.00 (GRUB-01281, GRUB-01282, GRUB-01283, GRUB-01284)
- 060801-003-00006/002.00 (GRUB-01312, GRUB-01313, GRUB-01314)
- 060801-004-00035/000.00 (GRUB-01361, GRUB-01362)
- 060801-004-00037/000.00 (GRUB-01364, GRUB-01365)
- 060801-004-00038/000.00 (GRUB-01366, GRUB-01367, GRUB-01368, GRUB-01369, GRUB-01370)
- 060801-010-00074/000.00 (GRUB-01547, GRUB-01548, GRUB-01549)

- 060801-014-00086/000.00 (GRUB-01678, GRUB-01679)
- 060801-016-00029/000.00 (GRUB-01726, GRUB-01727, GRUB-01728)
- 060801-017-00101/000.00 (GRUB-01772, GRUB-01773, GRUB-01774)
- 060832-002-00040/000.00 (GRUB-01806, GRUB-01807, GRUB-01808, GRUB-01809)
- 060832-006-00001/000.00 (GRUB-01971, GRUB-01972, GRUB-01973)
- 060832-007-00054/000.00 (GRUB-02043, GRUB-02044, GRUB-02045)
- 060832-007-00057/000.00 (GRUB-02049, GRUB-02050, GRUB-02051, GRUB-02052)
- 060847-003-00053/001.00 (GRUB-02223, GRUB-02224, GRUB-02225)
- 060847-004-00109/000.00 (GRUB-02291, GRUB-02292)
- 060847-004-00110/000.00 (GRUB-02293, GRUB-02294)
- 060847-004-00114/002.00 (GRUB-02298, GRUB-02299)
- 060847-005-00163/000.00 (GRUB-02405, GRUB-02406)
- 060781-002-00080/000.00 (GRUB-00108, GRUB-00109, GRUB-00110)
- 060781-010-00050/000.00 (GRUB-00305, GRUB-00306)
- 060781-010-00051/000.00 (GRUB-00307, GRUB-00308)
- 060781-019-00047/000.00 (GRUB-00498, GRUB-00499)
- 060781-019-00093/000.00 (GRUB-00514, GRUB-00515)
- 060781-026-00044/000.00 (GRUB-00625, GRUB-00626)
- 060781-027-00003/000.00 (GRUB-00646, GRUB-00647)
- 060781-030-00044/000.00 (GRUB-00760, GRUB-00761)
- 060781-030-00046/000.00 (GRUB-00763, GRUB-00764, GRUB-00765, GRUB-00766)
- 060781-030-00047/000.00 (GRUB-00767, GRUB-00768, GRUB-00769, GRUB-00770)
- 060781-030-00051/000.00 (GRUB-00775, GRUB-00776, GRUB-00777)
- 060781-036-00010/000.00 (GRUB-00894, GRUB-00895)
- 060781-036-00054/000.00 (GRUB-00920, GRUB-00921)
- 060781-036-00055/000.00 (GRUB-00922, GRUB-00923)
- 060781-036-00056/000.00 (GRUB-00924, GRUB-00925)
- 060781-036-00057/000.00 (GRUB-00926, GRUB-00927)
- 060781-036-00058/000.00 (GRUB-00928, GRUB-00929)
- 060781-036-00060/000.00 (GRUB-00930, GRUB-00931, GRUB-00932)
- 060781-036-00061/000.00 (GRUB-00933, GRUB-00934, GRUB-00935)
- 060801-004-00002/000.00 (GRUB-01325, GRUB-01326)
- 060801-004-00003/000.00 (GRUB-01327, GRUB-01328)
- 060801-004-00004/000.00 (GRUB-01329, GRUB-01330, GRUB-01331, GRUB-01332, GRUB-01333)
- 060801-004-00005/000.00 (GRUB-01334, GRUB-01335, GRUB-01336, GRUB-01337)
- 060801-004-00006/000.00 (GRUB-01338, GRUB-01339, GRUB-01340, GRUB-01341)
- 060801-004-00019/001.00 (GRUB-01347, GRUB-01348, GRUB-01349)
- 060801-005-00040/000.00 (GRUB-01388, GRUB-01389, GRUB-01390)
- 060801-005-00041/000.00 (GRUB-01391, GRUB-01392)
- 060801-005-00042/000.00 (GRUB-01393, GRUB-01394)
- 060801-007-00015/001.00 (GRUB-01424, GRUB-01425, GRUB-01426, GRUB-01427)
- 060801-007-00015/002.00 (GRUB-01428, GRUB-01429, GRUB-01430, GRUB-01431)
- 060801-007-00018/001.00 (GRUB-01432, GRUB-01433, GRUB-01434, GRUB-01435)
- 060801-008-00008/002.00 (GRUB-01447, GRUB-01448, GRUB-01449, GRUB-01450)
- 060801-008-00010/002.00 (GRUB-01451, GRUB-01452, GRUB-01453)
- 060801-008-00025/002.00 (GRUB-01457, GRUB-01458)
- 060801-008-00025/003.00 (GRUB-01459, GRUB-01460, GRUB-01461, GRUB-01462)
- 060801-009-00028/001.00 (GRUB-01478, GRUB-01479)
- 060801-010-00041/005.00 (GRUB-01516, GRUB-01517)
- 060801-010-00047/001.00 (GRUB-01518, GRUB-01519)
- 060801-012-00011/000.00 (GRUB-01567, GRUB-01568)
- 060801-016-00020/000.00 (GRUB-01714, GRUB-01715)
- 060801-016-00054/000.00 (GRUB-01737, GRUB-01738, GRUB-01739, GRUB-01740)
- 060801-017-00005/000.00 (GRUB-01745, GRUB-01746, GRUB-01747)

- 060801-017-00006/000.00 (GRUB-01748, GRUB-01749)
- 060801-017-00007/000.00 (GRUB-01750, GRUB-01751)
- 060832-005-00025/001.00 (GRUB-01898, GRUB-01899, GRUB-01900)
- 060832-005-00026/001.00 (GRUB-01901, GRUB-01902)
- 060832-005-00027/001.00 (GRUB-01903, GRUB-01904)
- 060832-005-00088/000.00 (GRUB-01915, GRUB-01916)
- 060832-005-00089/000.00 (GRUB-01917, GRUB-01918)
- 060832-005-00093/000.00 (GRUB-01920, GRUB-01921)
- 060832-005-00110/000.00 (GRUB-01926, GRUB-01927)
- 060832-005-00121/000.00 (GRUB-01939, GRUB-01940, GRUB-01941, GRUB-01942)
- 060832-007-00023/001.00 (GRUB-02015, GRUB-02016)
- 060832-007-00023/002.00 (GRUB-02017, GRUB-02018)
- 060832-007-00023/005.00 (GRUB-02019, GRUB-02020)
- 060832-007-00053/000.00 (GRUB-02037, GRUB-02038, GRUB-02039, GRUB-02040, GRUB-02041, GRUB-02042)
- 060847-001-00010/010.00 (GRUB-02091, GRUB-02092, GRUB-02093, GRUB-02094)
- 060847-002-00003/000.00 (GRUB-02101, GRUB-02102, GRUB-02103)
- 060847-002-00018/000.00 (GRUB-02110, GRUB-02111, GRUB-02112, GRUB-02113)
- 060847-002-00097/000.00 (GRUB-02140, GRUB-02141, GRUB-02142, GRUB-02143)
- 060847-002-00188/000.00 (GRUB-02158, GRUB-02159, GRUB-02160)
- 060847-002-00194/000.00 (GRUB-02165, GRUB-02166, GRUB-02167, GRUB-02168, GRUB-02169)
- 060847-002-00201/000.00 (GRUB-02173, GRUB-02174, GRUB-02175, GRUB-02176, GRUB-02177)
- 060847-002-00206/000.00 (GRUB-02178, GRUB-02179, GRUB-02180, GRUB-02181)
- 060847-002-00207/000.00 (GRUB-02182, GRUB-02183)
- 060847-002-00209/000.00 (GRUB-02185, GRUB-02186, GRUB-02187)
- 060847-002-00213/000.00 (GRUB-02189, GRUB-02190, GRUB-02191)
- 060847-002-00215/000.00 (GRUB-02193, GRUB-02194, GRUB-02195)
- 060847-002-00223/000.00 (GRUB-02198, GRUB-02199)
- 060847-003-00038/000.00 (GRUB-02217, GRUB-02218, GRUB-02219)
- 060847-003-00085/000.00 (GRUB-02243, GRUB-02244)
- 060847-003-00086/000.00 (GRUB-02245, GRUB-02246, GRUB-02247)
- 060847-004-00064/000.00 (GRUB-02257, GRUB-02258)
- 060847-004-00076/000.00 (GRUB-02261, GRUB-02262, GRUB-02263)
- 060847-004-00078/000.00 (GRUB-02265, GRUB-02266, GRUB-02267, GRUB-02268)
- 060847-004-00079/001.00 (GRUB-02269, GRUB-02270)
- 060847-004-00079/002.00 (GRUB-02271, GRUB-02272)
- 060847-004-00083/000.00 (GRUB-02275, GRUB-02275)
- 060847-004-00093/001.00 (GRUB-02281, GRUB-02282)
- 060847-004-00094/000.00 (GRUB-02285, GRUB-02286)
- GRUB-02406 und GRUB-02405 zusammenfassen
- GRUB-02406 löschen
- GRUB-02405 auf 1 €/m² abwerten
- Grundstücke mit Nutzungsart „Park“ oder „Grünanlage“ in „unbebaute Grundstücke“ ändern und auf 1 €/m² abwerten.
- Sportplätze, Spielplätze und Bolzplätze auf 1,50 €/m² aufwerten und Umwidmung in „unbebaute Grundstücke“. Betrifft:
 - o GRUB-00163
 - o GRUB-00368
 - o GRUB-00405
 - o GRUB-00713
 - o GRUB-00789
 - o GRUB-00798
 - o GRUB-00802

- GRUB-01019
 - GRUB-01045
 - GRUB-01092
 - GRUB-01045
 - GRUB-01092
 - GRUB-01143
 - GRUB-01151
 - GRUB-01164
 - GRUB-01196
 - GRUB-01549
 - GRUB-01550
 - GRUB-01560
 - GRUB-01591
 - GRUB-01687
 - GRUB-01691
 - GRUB-01757
 - GRUB-01884
 - GRUB-01885
 - GRUB-02045
 - GRUB-02223
 - GRUB-02362
 - GRUB-02434
- Umwidmung von Nutzungsarten „Gewässer“, „Bach“, „Graben“ etc. in „unbebaute Grundstücke“
 - GRUB-01864 in „Grünland“ und 1,50 €/m²
 - GRUB-01879 1€/m²
 - GRUB-02450 zu AHK 3.414,06 €
 - Umlegung Stapelsteiner Weg zum 31.12.2008 raus. Vermessungskosten in den Aufwand
 - Baugebiet Inchenberg: Ersatzbewertung von KC Becker
 - Nacherfassung der Flurstücke K734 zu jeweils 1 €
 - GRUB-00353 AHK 361.594,08 €

Straßen

- STR-00006: Aufteilung auf STR_00166 bis STR_00187
- STR-00007: Stornieren
- STR-00010: Korrektur in 386.706,20 € und Investzuschuss Straßenbeleuchtung 2.591,82 €
- STR-00011 stornieren
- STR_01280 mit 15.573,22 €
- STR_01285 mit 67.806,93 € und Investzuschuss Straßenbeleuchtung 3.163,32 €
- STR-00014 stornieren und verteilen auf STR_00629 und STR_00676
- STR-00020 stornieren und in Aufwand
- BR-0001 AfA-Startdatum 01.10.2008
- STR-00009 stornieren und Aufteilen auf STR_01116 bis STR_01126
- STR-00016 stornieren
- STR-00017 Neu anlegen und ersatzbewerten lassen
- STR-00018 Neu anlegen und ersatzbewerten lassen
- STR-00023 umbuchen in Konto 0624 mit Startdatum 01.11.2009, zu EB noch AiB
- STR-00024 umbuchen in Konto 0624
- STR-00026 und STR-00027 umbuchen in Konto 056 und Werte tauschen
- STR-00028 25.738,71 € zum 01.11.2007 nachaktivieren
- STR-00029 Neu anlegen und ersatzbewerten lassen
- STR-00030 stornieren
- Straße „zu den Gärten“ auf 2 Anlagen aufteilen

Brücken

- BR-0001: AHK 302.486,96 €
- STR-00016 stornieren
- BR-0006 AHK 2.458.759,29 €
- BR-0016 AHK 12.162,50 €
- BR-0003 AHK 2.375,00 €
- BR-0004 AHK 2.612,50 €
- BR-0005 AHK 2.375,00 €
- BR-0023 AfA-Datum korrigieren, da Fertigstellung unbekannt
- HIST-02179 stornieren
- HIST-02178 Rohrleitung Schwimmbad auf KG 077 verschieben

Gebäude und Sachanlagen

- GEB-00011 Aufteilung der Anlage „Bauhof“ in „Zentrale Bauhof“, „Werkstatt Bauhof“, „Fahrzeughalle Bauhof“ mit unterschiedlichen Nutzungsdauern
- GEB-00006 Aufteilung der Anlage FWGH Anspach in „FWGH Anspach“ und „FWGH Betriebsvorrichtung Funktisch“ sowie „FWGH Betriebsvorrichtung Tel.“ mit unterschiedlichen Nutzungsdauern
- GEB-000036 Aufteilung der Anlage Kita Taunusstr. In „Kita Taunusstr.“, „Bewegl. AV“ und „Kita Taunusstr. Außenanl./Spielgeräte“ mit unterschiedlichen Nutzungsdauern
- GEB-000032 Trennung von Bürgerhaus NA und Bürgerhaus NA „Küche“ mit unterschiedlicher Nutzungsdauer.

Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung

- HIST-02180 Hausanschluss 187.957,00 € aus EB stornieren

Flüssige Mittel

- Mietkautionen müssen nicht zwangsläufig bilanziert werden. Werden sie jedoch bilanziert, müssen sie auch als Verbindlichkeit erfasst werden. Langfristig sollte eine Umbuchung in die Sonstigen Vermögensgegenstände erfolgen.

Sonderposten

- Z-00013 Investitionspauschale 105.400 €
- Z-00014 Investitionspauschale 118.750 €
- Z-00016 Zuschuss Brücke Heisterbach 2.300.351,07 €
- Z-00062 Grundschule Hasenberg EWM HTK Aufteilung auf AVINVZ 00026, 00027, 00028
- B-00006 AW 86.543,47

12.2 Vollständigkeitserklärung

Vollständigkeitserklärung

Der Magistrat der Stadt Neu-Anspach

Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2009

Der Unterzeichner als Bürgermeister der Stadt Neu-Anspach versichert hiermit folgendes mit bestem Wissen und Gewissen:

A. Aufklärung und Nachweise

Die Aufklärungen und Nachweise, die die Revision gemäß § 128 HGO verlangt hat bzw. die für die Beurteilung der Eröffnungsbilanz, der Übersichten über das Anlagevermögen, der Forderungen und Verbindlichkeiten (§ 114s Abs. 4 Ziffer 1 HGO) erforderlich sind, und die darüber hinausgehenden für eine sorgfältige Prüfung notwendigen Nachweise und Informationen wurden der Rechnungsprüfung vollständig übergeben. Sie wurden nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung gestellt. Vollständig weitergegeben sind neben meinen persönlichen Kenntnissen auch die Kenntnisse aller Mitglieder der Verwaltung.

Als Auskunftspersonen habe ich Ihnen folgende Personen benannt:

1. Sebastian Knull
2. Stefanie Brüning
3. Franziska Keth
4. Katja Bender
5. Nicole Wörner
6. Fachbereichsleiter
- 7.
- 8.
- 9.
- 10.

Diese Personen sind von mir angewiesen worden, der Revision alle gewünschten Auskünfte und Nachweise richtig und vollständig zu geben.

B. Bücher und Schriften (§§ 33 bis 37 GemHVO)

1. Es sind alle Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Zu den Unterlagen gehören neben den Büchern der Finanzbuchhaltung insbesondere Verträge und Schriften von besonderer Bedeutung, Arbeits- und Dienstanweisungen sowie Organisationspläne, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
2. In den Unterlagen der Finanzbuchhaltung sind alle Geschäftsvorfälle, die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz buchungspflichtig waren, erfasst und belegt. Zu den Belegen gehören alle für die richtige und vollständige Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu Grunde zulegenden Nachweise (begründende Unterlagen).
3. Durch ausreichende organisatorische Vorkehrungen und Kontrollen ist gewährleistet, dass die Aufzeichnungen im Rechnungswesen nur nach ordnungsmäßig dokumentierten Organisationsunterlagen, Programmen und Bedienungseingriffen durchgeführt wurden.
4. Die nach § 33 Abs. 5 GemHVO erforderliche Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme wurde sichergestellt.
5. Nicht ausgedruckte aufbewahrungspflichtige Daten sind innerhalb der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen jederzeit verfügbar und können innerhalb angemessener Frist in geordneter Weise lesbar gemacht werden.
6. Bei der Inventur sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur beachtet und alle im wirtschaftlichen Eigentum stehenden Grundstücke, Forderungen und Schulden, der Betrag des baren Geldes sowie die sonstigen Vermögensgegenstände genau erfasst worden.
7. Die nach § 33 Abs. 6 GemHVO erforderlichen Regelungen zu Sicherheitsstandards und interner Aufsicht wurden erlassen und sind in aktueller Fassung vorgelegt worden. Die Aufsicht über die Finanzbuchhaltung wurde

☒ von mir wahrgenommen

☐ auf übertragen und hiervon wahrgenommen.


C. Eröffnungsbilanz mit Anhang

1. In der der Revision zur Prüfung vorgelegten Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2009 mit Anhang sind nach meiner Überzeugung das Anlagevermögen und das Umlaufvermögen, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig ausgewiesen.
2. Die anschließend angeführten Sachverhalte und die daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen sind in der um den Anhang erweiterten Eröffnungsbilanz vollständig berücksichtigt; fehlen derartige Angaben oder Vermerke, liegen diese Sachverhalte am Eröffnungsbilanzstichtag nicht vor.
 - a) Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften, aus Garantien und aus sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Haftungsverhältnissen.
 - b) Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände und Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände.
 - c) Verträge oder sonstige Sachverhalte, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Bedeutung sind oder werden können.
 - d) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind und die Vermögens- Schuldlage des Landkreises wesentlich beeinflussen könnten.
 - e) Besondere Umstände, die der Vermittlung eines - den tatsächlichen Verhältnissen - getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entgegenstehen könnten.
 - f) Ausleihungen, Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen.
 - g) Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage von Bedeutung sind.
3. Störungen oder wesentliche Mängel des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems (IKS) lagen am Eröffnungsbilanzstichtag und liegen auch zurzeit nicht vor bzw. sind vollständig mitgeteilt worden.
4. Alle bekannten und vermuteten Täuschungen und Vermögensschädigungen, die wesentliche Auswirkungen auf die Eröffnungsbilanz haben könnten, sind mitgeteilt worden.

D. Vollständigkeit

1. In der Eröffnungsbilanz wurden das Anlagevermögen und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig ausgewiesen.
2. Posten der Aktivseite wurden nicht mit Posten der Passivseite, Grundstücksrechte nicht mit Grundstückslasten verrechnet.
3. Für immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die nicht entgeltlich erworben wurden, wurde kein Aktivposten angesetzt.
4. Gewährte Investitionszuweisungen, – zuschüsse und Investitionsbeiträge wurden als immaterielle Vermögensgegenstände, empfangene Investitionszuweisungen, – zuschüsse und Investitionsbeiträge als Sonderposten in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen.

Neu-Anspach, den 14.02.2013



Klaus Hoffmann
Bürgermeister